Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 2000,— M., durch die Post bezogen monatlich 2000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 600,— M. Einzelnummer 80,— M. Sonnabendnummer 100,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 800,— M., auswärts 875,— M., die 8gespaltene Reklamezeile 1200,— M., auswärts 1500,— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 90 M.

Nr. 45 | Dresden, Donnerstag den 22. Februar 1923 | 34. Jahrg.

Finanznot und Wirtschaft

[redacted]wertbeständige Reichsanleihe

Wie ber[redacted] eine wertbeständige Goldan[redacted]sortium soll gebildet werden, das 50 Millionen [redacted] in dreijährigen Schatzanweisungen, die von der Reichsbank garantiert werden, zur öffentlichen Zeichnung gegen Bezahlung in Dollar und Devisen auflegt. Stücke bis zu einem Dollar sollen ausgegeben werden, die bei den Darlehnskassen beleihbar sind. Die Auflegung der Anleihe wird für 1. März geplant und der Ausgabebetrag würde 100 Prozent betragen. Die Goldanleihe soll mit einer Verzinsung von 6 Prozent ausgestattet werden. Wenn die Regierung Cuno jetzt eine wertbeständige Goldanleihe ausgibt, so entspricht sie damit einer Forderung, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften aufgestellt wurde. Das Bedürfnis nach wertbeständigen Anleihen ist sehr groß; das hat der Erfolg bewiesen, den die Roggen-, Kohlen-, Koksanleihen usw., die in der letzten Zeit ausgegeben wurden, hatten. Sie wurden ausnahmslos überzeichnet und es ist kaum daran zu zweifeln, daß das Reich auch diese Goldanleihe spielend unterbringt.

Auf die Bedenken, die gegen eine solche Goldanleihe sprechen, haben wir schon früher einmal verwiesen. Die Roggen- und Kohlenanleihen der Einzelstaaten stützten sich auf den Wertbesitz und die Sachwerteinnahmen der Länder. Das Reich verfügt zwar über einen Goldvorrat im Werte von einer Milliarde Mark, aber dieses Gold bringt keinen Ertrag. Man ersieht noch nicht, ob beabsichtigt wird, den Ertrag der Goldanleihe irgendwie wertbeständig anzulegen. Es könnte in Frage kommen, daß der Ertrag der Goldanleihe zum Ankauf von Devisen verwendet wird. Die Goldanleihe soll dazu verwendet werden, um die großen Devisenvorräte zu sammeln und produktiv zu verwenden, die heute von der Industrie nur zum Zwecke der wertbeständigen Vermögensanleihe gehamstert sind. Man erwartet, daß das Hamstern von Devisen aufhören und damit die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln sich vermindern wird, wenn den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben ist, in dieser Goldwertanleihe ihr Geld wertbeständig anzulegen. Möglich bleibt allerdings, daß eine sehr starke Nachfrage nach dieser Goldanleihe entsteht, die ja nicht so beliebig vergrößert werden kann, daß damit die Kurse der Goldanleihe selbst und damit auch die Kurse der fremden Zahlungsmittel in die Höhe getrieben werden. In diesem Falle könnte die Goldanleihe für die Finanzen des Reiches verhängnisvolle Wirkungen haben, weil ja die Ausgaben, die das Reich zur Verzinsung und später zur Zurückzahlung in Papieren aufwenden muß, dann ganz gewaltig steigen würden.

Der Versuch, unsre Währung durch rein finanzpolitische Maßnahmen zu heilen, ist auf jeden Fall nur ein Kurieren am Symptom. Der Verfall unsrer Währung ist ja eben ein Ausdruck der Schwäche und der Zerrüttung unserer ganzen Wirtschaft. Damit soll nicht gesagt sein, daß die jetzt geplante Maßnahme nicht zu billigen sei. Sollte es gelingen, den Körper der deutschen Wirtschaft auch nur eine Zeitlang von den verheerenden Geldwertschwankungen zu befreien, so wäre damit vielleicht eine Zeit gewonnen, in der sich die deutsche Wirtschaft erholen könnte. Keinesfalls darf man sich freilich, wenn man das Elend unsrer Valuta heilen will, auf rein währungspolitische Maßnahmen beschränken. Was außerdem noch zu tun ist, haben wir oft genug gesagt. Durch eine bessere Organisation unsrer Wirtschaft müssen wir versuchen, unsre Produktion zu steigern, unsern Bedarf an Einfuhrwaren möglichst verringern. Erst mit solchen Maßnahmen kommt man wirklich an die Wurzel des Uebels heran, denn die tiefen Ursachen unsres Währungselends liegen eben in unsrer schlechten Handels- und Zahlungsbilanz, daran daß wir ständig an das Ausland viel mehr zu zahlen als wir vom Ausland zu bekommen haben.

Ohne eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems, die nur durch eine Fortsetzung der Erfüllungspolitik erreicht werden kann, wird eine dauernde Gesundung der Währung ebenfalls kaum zu erreichen sein. Die Reichsgoldanleihe ist also unter allen Umständen nur eins von diesen Mitteln, die angewendet werden müssen, damit wir wieder zu geordneten Geldverhältnissen kommen. Auf jeden Fall aber muß man im Interesse des deutschen Volkes wünschen, daß uns die Goldanleihe auf dem Wege zur Gesundung unsrer Währung einen guten Schritt vorwärts bringt.

Nach langem Zögern

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die wertbeständige Anleihe, die von der Sozialdemokratie schon seit einem halben Jahr unausgesetzt gefordert worden ist, um die Grundlage für eine dauernde Stützung der Mark zu schaffen, kommt nun endlich zustande. Ueber den Zinsfuß verlautet, daß er etwa 6 Prozent betragen soll. Schon jetzt ist es wahrscheinlich, daß Banken und Industrie den größten Teil dieser Anleihe aufnehmen werden. Höchst bedenklich ist es, daß die Einzahlungen in Devisen geleistet werden sollen. Dadurch ist dem kleinen Sparer die wertbeständige Anleihe verschlossen oder er ist auf die Vermittlung von Sparkassen und Banken angewiesen, wenn diese, wie es beabsichtigt zu sein scheint, Goldkonten einrichten. Es muß unbedingt angestrebt werden, daß die wertbeständige Anleihe auch für das breiteste Publikum zugänglich wird. Die Pflicht zur Einzahlung in Devisen birgt in sich die große Gefahr, daß nur diejenigen, die im Besitz der Devisen-Handelsbescheinigung sind oder auf Umwegen auch Private unter allen Umständen Devisen kaufen werden, um sich dieses wertbeständige Anleihepapier zu sichern. Soll das verhindert werden, so ist eine schärfste Ueberwachung des Devisenmarktes und des Marktes für ausländische Wertpapiere dringend geboten. So sehr wir die Aufnahme einer wertbeständigen Anleihe begrüßen, weil sie in der Tat eine wesentliche Voraussetzung zur Stabilisierung der Währung ist, so sehr müssen wir bedauern, daß man sich erst so spät dazu entschlossen hat. Als noch Sozialdemokraten in der Regierung waren, weigerten sich Banken und Reichsbank gemeinsam, dieses Projekt in Angriff zu nehmen.

Erst jetzt, nachdem die Not durch die Ruhrbesetzung aufs höchste gestiegen ist, beschreitet man diesen Weg, der schon längst offen stand und der, wenn er rechtzeitig beschritten wäre, vielleicht eine gewisse außenpolitische Entspannung gebracht hätte.

Die Banken ermannen sich

Berlin, 22. Februar. Die Gesamtheit der deutschen Banken hat sich bereit erklärt, 100 000 000 Goldmark, also 50 Prozent der deutschen Goldanleihe, zu übernehmen. Es wird angenommen, daß die Industrie den gleichen Betrag zeichnen wird.

Einschränkung der Reichsbankkredite

SPD. Veranlaßt durch die Maßnahmen der Reichsbank gegen den Währungsverfall fand im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates eine Aussprache über die Einschränkung der Reichsbankkredite statt. Nach einleitenden Ausführungen eines Vertreters der Reichsbank sollen Kredite nicht zu volkswirtschaftlich schädlichen Zwecken, z. B. zur Devisenspekulation oder zur spekulativen Warenaufstapelung, dienen. Daher sind durch Verfügungen an die Reichsbankstellen die Kredite auf das notwendigste Maß beschränkt worden. In der Erörterung wurde von Arbeitnehmervertretern angeregt, den Diskontsatz zu erhöhen, da er mit 12 Prozent gegenüber einem Zinssatz zwischen 50 und 90 Prozent bei Privatbanken einen Anreiz für unberechtigte Kreditgesuche und eine bequeme Gewinnspanne für die Banken bilde. Auch die Bildung einer Devisenzentrale wurde gefordert, wodurch nicht nur die Spekulation unmöglich gemacht, sondern auch die Möglichkeit geboten würde, die Einfuhranträge nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen zu prüfen. Die Vertreter der Arbeitgeber traten für eine starke Förderung der Ausfuhr zur Schaffung von Goldeinnahmen ein. Der Kreditbedarf der Wirtschaft für eine angemessene Rohstoffversorgung müsse unbedingt befriedigt werden. Gleich den Arbeitgebervertretern widersprach auch ein Vertreter der Gemeinden einer Erhöhung des Reichsbankdiskonts, weil das die Finanzlage und die Lebensmittelversorgung der Gemeinden gefährde.

Oeffentliche Brandmarkung

Im Rechtsausschuß des Reichstags drehte sich bei der Beratung des Notgesetzes die Aussprache besonders um die Bekämpfung derjenigen unlauteren Elemente, die die allgemeine Notlage wucherisch durch übermäßige Preissteigerungen und Warenzurückhaltungen auszubeuten suchten. Bisher besteht im geltenden Recht eine Lücke: die öffentliche Brandmarkung der Wucherer und Schieber ist noch nicht in allen schwereren Fällen zwingend vorgeschrieben. Daher soll neben der im Gesetz vorgeschriebenen Strafe stets die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung sowie der öffentliche Anschlag auf Kosten des Schuldigen angeordnet werden. Außerdem wurde beschlossen, daß für den Fall, daß der Verurteilte innerhalb eines Jahres seinen Wohnsitz verlegt, dann auch dort die öffentliche Bekanntmachung und der öffentliche Anschlag auf seine Kosten anzuordnen ist. Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen die Strafvorschriften über Preistreiberei, Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände wird auf Freiheitsstrafen von drei Monaten oder mehr oder auf Geldstrafe von 100 000 M. oder mehr erkannt. Auf Beschluß des Ausschusses soll die Reichsregierung ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrats die geltenden Vorschriften zur Bekämpfung der Preistreiberei, des Schleichhandels, der verbotenen Aus- und Einfuhr usw. in neuen Verordnungen zusammenzufassen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach derjenige, der es unternimmt, lebenswichtige Gegenstände ohne die erforderliche Genehmigung aus dem Reichsgebiet auszuführen, **mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft wird.** Neben der Freiheitsstrafe soll auch auf Geldstrafe von mindestens 50 0000 M. erkannt werden. Wer sich des Schleichhandels, der vorsätzlichen Preistreiberei oder verbotener Ausfuhr schuldig macht, wird in **besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren und mit Geldstrafe von mindestens 100 000 M. bestraft.** Abgelehnt wurde die Todesstrafe. Lebenswichtige Gegenstände dürfen nicht in Form von Auktionen in den Handel gebracht werden. Bei Verdacht der Preistreiberei, des Schleichhandels usw. ist vorläufig Schließung des Geschäfts anzuordnen. Von jeder rechtskräftigen Verurteilung ist sofort den für die Erteilung der Handelserlaubnis zuständigen Behörden Mitteilung zu machen.

Neuwahlen oder Koalition?

Von H. Kahmann, M. d. R.

In der Debatte, die sich um die sächsische Regierungskrise und die gangbaren Wege zur Lösung entspann, haben wir uns bisher aus taktischen Gründen, die wir wohl nicht erst darzulegen brauchen, zurückgehalten. Nachdem die Frage jedoch neuerdings auch in den Versammlungen besprochen wurde und weiter besprochen werden wird, ist für die Parteipresse der Augenblick gekommen, die Frage „Koalition oder Neuwahlen?" eingehender zu beleuchten. Wir bringen aus diesem Grunde den Artikel des Genossen Kahmann. Die Stellung der Dresdner Volkszeitung zur Frage des Zusammengehens mit den Demokraten ist bekannt. Als die Frage der Teilnahme an der Regierung Cuno im Mittelpunkt der Erörterung stand, haben wir uns mehrfach zur Koalitionsfrage geäußert und den für die Vereinigte Sozialdemokratie wohl allgemein gültigen Standpunkt vertreten, daß die Frage unsres Zusammengehens mit republikanischen Parteien eine taktische Frage ist, daß eine Koalition mit bürgerlichen Parteien jedoch von uns abgelehnt werden muß, wenn wir darin nicht genügend starken Einfluß haben, um die Interessen der Arbeiterschaft nachdrücklich zu vertreten.

Damit ist auch unsre Stellung zur Frage der Regierungsbildung in Sachsen gegeben. Wir sind der Meinung, daß alles daran gesetzt werden müßte, um hier in Sachsen die rein sozialdemokratische Regierung zu erhalten. Wenn diese Versuche scheitern sollten, bleiben nur noch zwei Wege offen. Ohne damit zu den Betrachtungen des Genossen Kahmann im einzelnen Stellung nehmen zu wollen, stimmen wir ihm darin zu, daß uns Neuwahlen selbst im günstigsten Falle aus der gegenwärtigen Krisis nicht herausbringen und daß sie infolgedessen eine zwecklose Kraftvergeudung bedeuten würden. Darum bleibt denen, die die Lage nüchtern und unter Berechnung aller ausschlaggebenden Umstände betrachten, nichts andres übrig, als der kommenden Landeskonferenz die Koalition mit den Demokraten vorzuschlagen, sofern die Kommunisten bis dahin ihr Verhalten nicht geändert haben. Redaktion der Dr. V.-Ztg.

Am 4. März soll die Landesversammlung über die Frage der Regierungsbildung entscheiden. Die Entscheidung hat nur Bedeutung, wenn der Landtagsfraktion und dem Landesausschuß Vollmacht gegeben wird, eine Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts versuchen zu können. Ist das nicht der Fall, dann sind die erheblichen Kosten der Veranstaltung unnütz hinausgeworfen und die stärkste Fraktion des Landtags bleibt ein Koloß ohne Arme und Füße, der in seiner Taktik gebunden bleibt und daher nicht in dem notwendigen Maße die Interessen des arbeitenden Volkes wahrnehmen kann. Eine arbeitsfähige Regierung muß schnellstens geschaffen werden. Der Zustand der dauernden Unsicherheit muß aufhören, wenn nicht der republikanische Staatsgedanke und das parlamentarische Regierungssystem schweren Schaden leiden sollen.

Die Sozialdemokratie kämpft seit Bestehen für die Schaffung der Republik und für das parlamentarische System. Sie ist Jahrzehnte hindurch mit all ihrer Kraft dafür eingetreten, daß eine Verfassung geschaffen wird, in der als Arbeiterforderung festgelegt ist, daß alle Staatsgewalt beim Volke liegt. Mit der Revolution sind dem Volke diese Früchte in den Schoß gefallen, und es wäre eine Tragik sondergleichen, wenn durch das Verschulden unsrer Partei Republik und parlamentarisches Regierungssystem in Mißkredit gebracht würden.

Man soll sich klar sein darüber, daß das Spiel, das seit beinahe dreiviertel Jahr in Sachsen getrieben wird, das Vertrauen des Volkes, auch des arbeitenden, zum neuen Staat, seiner Regierung und gesetzgebenden Körperschaft, schon aufs schwerste erschüttert hat. Dieses Spiel noch weiter fortgesetzt, bedeutet, daß aus dem Heerlager der halbwarmen Republikaner immer größere Abteilungen in das derer abwandern, die die alte Staatsform mit ihren stabilen, konservativen, monarchistischen Einrichtungen wieder einführen wollen. Eine solche Politik ist Selbstmordpolitik an den Grundgesetzen der Partei und damit an der Partei selber. Welche Möglichkeiten bestehen denn theoretisch für die Regierungsbildung?

1. Eine sozialistisch-kommunistische Koalition, die im Landtag über eine Vierstimmenmehrheit verfügt.
2. Eine sozialistische Regierung, die sich entweder auf die Hilfe der kommunistischen oder der demokratischen Stimmen stützt.
3. Eine Landtagsauflösung, damit das Volk erneut seinen Willen zum Ausdruck bringen kann und schließlich eine andre Parlamentsmehrheit schafft.
4. Eine sozialistisch-demokratische Regierung, die gerade über die Hälfte der Stimmen im Landtag verfügt.

Zu 1: Daß das Experimentieren mit den Kommunisten, die den alten Landtag zur Auflösung brachten und die auch jetzt wieder die Regierung stürzten, nicht möglich ist, sollte für jeden auf der Hand liegen. Die Anhänger der Kommunistischen Partei sind gewiß Fleisch von unserm Fleisch, aber sie sind nicht Hirn von unserm Hirn. Die Kommunistische Partei, die ihre riesigen Subventionen und zugleich ihre Anweisungen aus dem bolschewistischen Rußland empfängt, und die noch heute, trotz ihren totalen Mißerfolgen in Rußland, auf den Zusammenbruch der kapitalistischen Volkswirtschaft hinarbeitet und dadurch eine gewaltsame Umwälzung, die Weltrevolution, erreichen will, muß, solange sie in der politischen und finanziellen Knechtschaft der jetzigen russischen Machthaber steht, immer feindlich gegen den demokratisch-republikanischen Staat stehen. In dem Augenblick, da sie sich zu

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230222/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG